

## Antrag

der Abgeordneten **Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner, Sulzberger** und **Hafenecker**

betreffend: **Rasche Wiedereinführung der Grenzkontrollen**

NÖ verzeichnete 2011 mit 78.634 angezeigten Fällen einen neuerlichen Kriminalitätsanstieg, diesmal um fast 5.500 Delikte das sind plus 7,50 %.

Ein Großteil dieses Anstiegs geht auf das Konto der organisierten Ost-Banden, das belegen die Zahlen der ermittelten Tätergruppen mit 73% Tatverdächtigen aus dem östlichen Ausland, vorwiegend aus Serbien, Ungarn und Rumänien.

Neben der explodierenden Zahl von Eigentumsdelikten kommt es aber auch im Bereich des Menschenhandels und des Schlepperwesens zu massiven Zuwächsen.

Der Anstieg der im Vorjahr nach Österreich geschleppten Menschen um 44 Prozent zeigt einmal mehr die freie Fahrt von Menschenhändlern in und aus unserem Land schonungslos auf. In NÖ belasten diese Organisationen dadurch vor allem das Erstaufnahmezentrum Traiskirchen. Obwohl die Belegung mit 480 Menschen limitiert ist, sind zurzeit über 700 Personen, davon 300 unter 18 Jahre alt, untergebracht. Diese Entwicklung wurde bereits vor der Schengenerweiterung am 21. Dezember 2007 vorhergesehen, die Folgen der Grenzöffnung waren bekannt. So erklärte der Chef der EU-Grenzschutzagentur Frontex, Ilkka Laitinen, bereits einen Tag nach der Schengen-Erweiterung: „Wir verzichten auf ein sehr wirkungsvolles Instrument im Kampf gegen illegale Einwanderung“.

Darauffolgende Appelle nach Brüssel, die Sicherung der EU-Außengrenzen nachhaltig zu verbessern, waren bisher zwecklos. Auf diesem Hintergrund stellte der französische Staatspräsident Sarkozy am 11. März 2012 ein Ultimatum: "Wir dürfen die Einwanderungsströme nicht mehr in den Händen von Technokraten und Gerichten belassen. Ich läute die Alarmglocke, was die Konsequenzen der unkontrollierten Einwanderung angeht. [...] Wenn ich feststellen sollte, dass es in den nächsten zwölf Monaten hier keinen ernststen Fortschritt gibt, wird Frankreich seine Beteiligung an den Schengen-Abkommen sistieren."

Während Frankreich unter Illegaler Einwanderung aus dem Maghreb leidet, bekommt Österreich aktuell vor allem die durchlässige EU-Außengrenze zwischen Griechenland und der Türkei zu spüren. Insbesondere Niederösterreich ist durch seine 414 km lange Außengrenze von importierter Kriminalität und illegalen Grenzübertritten stark betroffen. Deshalb ist es höchst an der Zeit, dass sich auch Österreich dieser Problematik stellt. Es müssen auch hierzulande konkrete Maßnahmen getroffen werden, wobei in erster Linie nur die Wiedereinführung von Grenzkontrollen die Sicherheit unserer Bevölkerung garantiert.

Nur mit der Aussetzung des Schengener-Abkommens und einer Wiedereinführung von Grenzkontrollen kann Österreich den Zustrom an illegalen Einwanderern und das Schlepperwesen effektiv eindämmen. Dasselbe gilt auch für die überbordende Ost-Kriminalität und den galoppierenden Anstieg von Straftaten.

Im Schengen-Vertragswerk sind die Grundlagen für die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen, wie sie etwa auch dann in Anspruch genommen werden, wenn sich die politische Klasse vor „Unruhestiftern“ schützen möchte, klar geregelt:

Nach Artikel 23 kann ein Mitgliedsland "im Falle einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit" für einen begrenzten Zeitraum an seinen Grenzen ausnahmsweise wieder Personen kontrollieren. Diese Möglichkeit wurde bereits von unterschiedlicher Seite genutzt. So wurde u.a. im Vorfeld der G8-Gipfel in Genua 2001 und Heiligendamm 2007, sowie beim Nato-Gipfel in Baden-Baden 2009 der Schengenvertrag außer Kraft gesetzt. Wenn Staatsoberhäupter in den Genuss dieses Schutzes kommen können, darf diese Möglichkeit rechtschaffenen Bürgern nicht verweigert werden.

Es ist daher höchst an der Zeit zu erkennen, dass nicht nur Sportveranstaltungen und die politische Klasse Anspruch auf derartige Schutzmaßnahmen haben sollten, sondern vor allem, die von illegaler Zuwanderung und Kriminalitätsexplosion geplagte Bevölkerung.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „ 1) Der NÖ Landtag spricht sich für einen umfassenden Grenzschutz aus.
- 2) Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung, insbesondere bei der Frau Innenminister, vorstellig zu werden und einzufordern, das Schengen-Abkommen befristet auszusetzen und die sofortige Wiedereinführung der nationalen Grenzkontrollen an Österreichs Grenzen sicherzustellen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss so rechtzeitig zuzuweisen, dass eine Behandlung am 12. April 2012 möglich ist.